



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

560 (5.12.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209803](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209803)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung 2, 20. Nov. bis 1. Dez. 1 Billion Mark. Die monatl. Bezugspreise verbleiben bis zur Beendigung des Abnahmestandes die während der Bezugszeit notwendigen Preisänderungen zu bezahlen. Postfachnummer 17940 Karlsruhe. - Hauptvertriebsstelle Mannheim L. 1. - Geschäftsstelle Redaktions-Verlagshaus, L. 1. - Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegramm-Verlagshaus Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per Bankpostkontingente für allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark für jeden 1000 Zeichen, für Anzeigen auf bestimmten Tagen 0,60 Goldmark, für Anzeigen auf bestimmten Tagen 0,80 Goldmark. - Abdrucke von Zeitungsartikeln, die nicht unter dem Namen des Verlegers erscheinen, sind ohne Rücksicht auf die Herkunft der Artikel für die Redaktion zu liefern. - Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Zeitungsartikeln, die nicht unter dem Namen des Verlegers erscheinen. - Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Zeitungsartikeln, die nicht unter dem Namen des Verlegers erscheinen.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag - Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Kanzlererklärung im Reichstag Die Aussichten für das Ermächtigungsgesetz

Der Eindruck der Kanzlerrede
Wie kann die Auflösung vermieden werden?

□ Berlin, 5. Dez.

Der Reichstag hat gestern eine etwas seltsame Premiere erlebt. Tribünen und Logen schier bis auf den letzten Platz gefüllt, auch im Hause selbst, obgleich zunächst keine Abstimmung zu erwarten ist, nur noch wenige Stützen. Doch das Stille, das man in so feierlicher Umrahmung gab, war sozusagen nur ein Einakter. Eine knappe halbstündige Ansprache vor dem Kreise auf der Rinkerbank nicht mehr unbekannter Gestalten vom neuen Kanzler verlesen, der neben dem bayerischen Dr. Hamm und dem noch bayerischeren Dr. Emminger der einzige Redner ist, der in diesem Einakter auftritt. Bei Nacht befehlen, ist es nicht einmal eine Premiere, nur um im Bild und bei der Theatersprache zu bleiben, eine Agrie. Die gegenwärtige Regierung, meint Herr Marx, unterscheidet sich in ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht von der vorigen. Das ist ganz buchstäblich sicherstehend: Das Kabinett Marx sucht die Fäden aufzunehmen, wo man sie keinem Vorgänger aus der Hand riß. Zusammengeknüllt und auf das Innenpolitische beschränkt, appelliert die erste Rede des neuen Kanzlers genau so an die Einsicht und die Selbstbeziehung des Parlamentes und darüber hinaus an den Opferinn und die Gemeinwohlsempfindungen auch der Bevölkerung, wie es in seiner letzten Rede der Kanzler Stresemann gelang.

Selbst die Aunahme ist so ziemlich die gleiche, vielleicht war bei Stresemann, dem Rhetoriker und zwingenden Meister der Sprache der höhere Erfolg bei den Parteien der Mitte für. Dafür schien die Rundgebungen lebhaften Mißbehagens von neuem, nur die Kommunisten erweisen sich in allererster Zu- und Zwischenrufen erneut als die geistvollsten und unzufriedensten Gesellschaften, die den viel behenden deutschen Mutterboden z. B. mißhandeln. Dennoch wird man nicht sagen dürfen, daß die gestrige Kanzlerrede nur ein verdünnter Aufguß, ein Requiem von anderer Leute sei. Sie hätte auf ihre Weise sogar Still, den Still des schlichten, anspruchslosen, pflichterfüllen Mannes, der sie vortrug. Kein Wort Brunk, kein schillerndes Balios, überhaupt kein eigenartiges Programm: Was wäre, nachdem wir erst vor einhalb Wochen über die deutsche Not und die speziellen und entgangenen Möglichkeiten ihrer Herr zu werden, uns tagelang gefritten, über diese Dinge auch noch auszulagen. Aber klar und würdig in ihrer betonten Leberparitätät und geschickt in der Hervorhebung dessen, was vor allem nottut. Das finanzielle Elend der Reichsgemeinschaft rückt Herr Marx bestimmend in den Vordergrund. Es ist das vornehmste, wenn nicht nahezu das einzige Problem, das er sieht und leben will. Nach ihm orientiert sich die Politik dieses Kabinetts, das in erster Linie eine Zweckregierung zu sein vor hat. Kostbarste Tage sind über den Krisenmittelpunkt verstrichen. Wenn überhaupt noch etwas aus eigener Kraft zur Rettung geschehen soll, muß es jetzt, muß es sofort geschehen. Darum ist das Ermächtigungsgesetz das Gebot der Stunde. Man kann dem verfahrenen und geschickten Reichstag, in dem fast jede Fraktion in mindestens zwei Parteien zerfällt, nicht Entscheidungen überlassen, die von der Minute nicht ausgeführt werden können. Nur eine Entscheidung soll der Reichstag noch treffen: Ob er, Prinzipien hin, Prinzipien her, die Kraft und den Mut zur Selbsterkenntnis hat, zur Selbsterkenntnis, die bei logischen Köpfen unangenehm ist, dem Entschluß führen könnte, zunächst einmal sich selber auszulassen.

Das wäre die Frage, die unausgesprochen blieb, versteht sich (Herr Marx ist ein höflicher Mann), mit der aber der Kanzler gestern die Veranlassung entließ. Was er sonst in seiner Rede anführte, war beiseite, zu einem Teil für den Augenblick noch von geringer Bedeutung. Das Kabinett, dem ein Führer der bayerischen Volkspartei als Reichsminister angebot, wird den Ausgleich mit Bayern zu dem Verhandlungswege suchen. Es war tatsächlich kein überflüssiger Zug, daß sich Herr Marx jetzt für diese Minute auf Dr. Wirth berief. Das Kabinett wird bis auf weiteres auch an dem militärischen Ausnahmestand festhalten. Die Ruhe, merkte der Kanzler mit Recht an, deren wir trotz allem im Augenblick uns noch erfreuen, kommt vornehmlich auf dessen Konto, und das Kabinett wird die Zugehörigkeit von Rhein und Ruhr zum Reich und Länder nicht lockern lassen.

Auch über diese Probleme wird man sich, von dem Kabinett abgesehen, im Reichstag kaum einigen. Aber man kann ihnen vorläufig entgegen, sie zunächst diktorisch behandeln, lediglich die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz, die zunächst über Sein oder Nichtsein des Reichstags entscheidet, duftet keinen Aufschub. Also werden so oder so die Wähler schon heute oder spätestens morgen fallen müssen. Was gegen die Auflösung spricht, haben wir schon gesagt, hauptsächlich Ermüdungen der Wählerpolitik. Bei dem schwebenden Zustand an Rhein und Ruhr, bei den letzten Möglichkeiten für eine ausländische Einleihe wäre es nicht unnützlich, wenn der Regierung noch ein paar Monate verhältnismäßig ruhigen Schaffens blieben. Aber die Voraussetzung dafür, wie für die organische Arbeit, ist eben das Ermächtigungsgesetz. Immer wieder kehren die kritischen Gedanken zu demselben Ausgangspunkt zurück. Im Reichstag, wo man gestern nachmittags die Auflösung für ziemlich unabwehrbar hielt, sah man viele nachdenkliche Besucher. Da es ans Scheiden gehen kann, entdecken die Wondobalbescherer plötzlich, wie lieb ihnen im Grunde die althergebrachte Stille wurde. In Versuchen, zu schmeicheln und zu kompromittieren, fehlt es nicht. Der Ausgang ist aber zu dieser Stunde noch ungewiß.

Der gestrige Nachmittag nach dem frühen Reichstagsabschluß hat den Verhandlungen in den Fraktionen und zwischen ihnen gehört. Allenfalls hätte sich eine starke Meinung, durch Kompromisse der Auflösung zu entgegen.

Aus solcher Stimmung heraus kam die Sozialdemokratie einstweilen überhaupt noch zu keinen Entschlüssen. Man hat die Empfindung, als ob sie sich nach den Deutschnationalen richten, d. h. ihnen den Vortritt lassen wollen. Diese aber haben vermuthlich aus ähnlichen Ermüdungen heraus die Entscheidung auf heute vormittag vertagt. Inzwischen haben die Parteien der Arbeitsgemeinschaft sich darum bemüht, einen wehiger umstrittenen Erfolg für das Ermächtigungsgesetz zu finden. Sie schlugen vor, aus den Kreisen des Reichstags einen ständigen Ausschuss auszuwählen, der an die Stelle der Volksvertretung zu treten hätte. Daneben ist man dann freilich auch gleich auf ein Hemmnis gestoßen: Wie steht es mit der Frage des Vetorechts? Soll der ständige Ausschuss das Recht haben, Beschlüsse der Regierung aufzuheben, oder ihr Zutritt zu verhindern? Ueber diese Fragen hat um 6 Uhr nachmittags eine Besprechung sämtlicher Fraktionsführer mit Ausnahme der Kommunisten beim Reichskanzler stattgefunden. Herr Marx ist fest geblieben. Er hat erklärt, die Regierung wünsche eine klare Entscheidung. Ein Vetorecht des kleinen Ausschusses läßt ihm bedenklich. Im übrigen hätte er sich darüber das gesamte Kabinett zu bestimmen. Die Besprechung ist schließlich ohne Ergebnis abgebrochen worden, da die Sozialdemokraten nochmals mit ihrer Fraktion sich zu beraten wünschten. Vielleicht darf man aus alledem schließen, daß die beiden Flügelparteien doch noch irgendwie klein geblieben werden.

Einem Teil der Berliner Morgenpresse wird das Ermächtigungsgesetz als gesichert betrachtet.

Es ist im Reichstag um die mitternächtigen Stunden, scheint es, zu einer Art Kompromiß gekommen. Die Kabinettsbildung, die im Hinblick an die Parteiführerbesprechung stattfand, hat sich mit der Einigung eines Uebernahmensekretariats in das Ermächtigungsgesetz einverstanden erklärt, indes nur unter der Voraussetzung, daß das von der Sozialdemokratie verlangte Vetorecht diesem Ausschuss genommen und lediglich auf eine beratende Funktion beschränkt würde. Mit solchen Einschränkungen hat die sozialdemokratische Fraktion mit 47 : 53 Stimmen dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt beschlossen. Im heutigen Vormittag wird das auch schon ernst versucht, der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, und bei den Massen für die Entscheidung der Fraktion zu werden, von der das sozialdemokratische Zentralorgan berichtet, daß sie vielfach unzufrieden erschienen könne. Die Lage wird da gar nicht über so unklar sein: „Das Ermächtigungsgesetz ablehnen, hieße es in verächtlicher Form zu beschließen. Der Regierung die Pistole des Ermächtigungsgesetzes verweigern, hieße, ihr das Gewehr des Artikels 48 in die Hand drücken.“

Indem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ermächtigungsgesetz bewilligt, tut sie das, was man im Parlamentarischen England „eine Chance geben“ nennt. Sie gibt der Regierung Marx die Möglichkeit, zu zeigen, was sie kann. „Es fällt ihr aber, sagt der „Vorwärts“, nicht im mindesten ein, die Verantwortung dafür zu übernehmen, was die Regierung aufgrund des Ermächtigungsgesetzes noch fordern wird.“ Die Sozialdemokratie hat auch einen gewissen Fraktionszwang beschlossen. Jedes Mitglied, das im Saal anwesend ist, muß für das Ermächtigungsgesetz stimmen, aber nicht jedes ist verpflichtet, auch an der Abstimmung teilzunehmen. Das rückt bei der sehr großen Opposition in sozialdemokratischen Reihen die Gefahr in die Höhe, daß bei der Abstimmung nicht die notwendige Zahl von Abgeordneten anwesend sein könnte. Vor allem aber sieht es so aus, als ob die Deutschnationalen, die sich so erst endgültig heute vormittag entscheiden wollten, nun drauf und dran sind, das letzte Parzellan zu zerstückeln. Die Deutschnationalen glauben, daß in dem kleinen Ausschuss, der vorher gebildet werden muß, wieder eine Brücke zur großen Koalition geschlossen und dem sozialistischen Einfluß Tür und Tor geöffnet würde. Gegen dieses „Lachenspiel-Kunststück“, wie sie es nennt, begeht die Kreuzzeitung schon heute auf: Wenn die anderen bürgerlichen Parteien und die Regierung auf diesen raffiniert ausgelegten Plan eingehen sollten, so würden sie im letzten Augenblick Va banque spielen. Für die Deutschnationalen können solche waghalsigen Kombinationen unter keinen Umständen in Frage kommen.

Also endgültig entschieden ist vorläufig noch nichts. Die Dinge scheinen einzuweichen in der Schwärze. Aber es wird weiter verhandelt werden und bei der allgemeinen und starken Abneigung gegen sofortigen Zwang wird die Auflösung noch irgendwie vermieden werden.

Reichsregierung und besetzte Gebiete

Das Reichskabinett hat sich in den beiden letzten Tagen in einem besonderen Ausschuss mit den Fragen des besetzten Gebiets befaßt. In diesem Sonderausschuss wurden unter Zugabe von Mitgliedern des preussischen Kabinetts die für das besetzte Gebiet wichtigsten Fragen, wie die Währungs- und Finanzfragen, Erwerbslosenfürsorge, Besatzungslasten, Fürsorgemaßnahmen, Ernährungs- und Entschuldigungsfragen, eingehend erörtert. Die von dem Ausschuss gefassten Beschlüsse sollen die Grundlage für die Beschlüsse des Kabinetts bilden.

Der preussische Ministerpräsident Brünn wird heute im Landtag das Wort zu Ausführungen über die Rheinlandfrage nehmen.

Eine parlamentarische Niederlage Poincaré

In der französischen Kammer hat gestern Poincaré und der nationale Block bei der Abstimmung des Wahlreformgesetzes eine Niederlage erlitten, die nicht ohne Folgen bleiben kann. Der Antrag der Deputierten Barrot und Aloy auf Abtrennung des Artikels 4 aus der Debatte wurde mit einer Mehrheit von 290 Stimmen gegen 275 Stimmen angenommen. Poincaré hatte vorher mitgeteilt, daß die Regierung gegen die Abtrennung sei, aber nicht die Vertrauensfrage stellen würde.

Der „Ruck“ nach rechts

Von volksparteilicher Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

Seit den Novembertagen 1918 gibt es in Deutschland eine Rechtsbewegung. Sie ist psychologisch verständlich und politisch notwendig. Ursprünglich auf die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen in erster Linie beschränkt, hat sie inzwischen auf alle bürgerlichen Parteien und auch auf weite Kreise der Arbeiterchaft übergreifen. Die Gründe hierfür sind mannigfaltiger Natur, vor allem aber kommen zwei Ursachen in Betracht. Einmal hat der Bernichtungswille Frankreichs, unter dem jede deutsche Regierung stand, es keiner Regierung möglich gemacht, erträgliche Zustände für das deutsche Volk herbeizuführen, namentlich nicht vom nationalen Standpunkte aus gesehen. Hinzu kommen die verhängnisvollen wirtschaftlichen und politischen Fehler der Sozialdemokratie, die geglaubt hatte, trotz des verlorenen Krieges den Frieden für die Arbeiterschaft durch die Revolution und die Verankerung revolutionärer Errungenschaften gewinnen zu können. Aus dem Zusammenwirken dieser beiden Umstände vornehmlich haben sich dann jene Zustände entwickelt, die der gegenebene Mährboden sind für die immer stärker einsetzende Agitation gegen den Marxismus, gegen den Parlamentarismus und für die Errichtung einer nationalen Diktatur. Trotz aller Erfolge dieser Agitation stellt die Rechtsbewegung jedoch keine einheitliche und geschlossene Erscheinung dar, weder in sozialer und wirtschaftlicher, noch in politischer Hinsicht. Der erwerbslose Handwerker, der sie mitmacht, sieht die Dinge ganz anders als der verarmte akademische Mittelstand. Dieser wieder nimmt zu ausschlaggebenden Steuer-, Finanz- und Wirtschaftsfragen eine andere Stellung ein als vielleicht der Landwirt, die Großindustrie und die Hochfinanz. Es ist auch charakteristisch, daß sich im Kampf gegen den Parlamentarismus gewisse — und praktisch keinesfalls nebensächlich zu bemerkernde — Leberreimungen zwischen der völkischen und der kommunistischen Opposition gegen den „Staat wie er ist“, ergeben haben.

Die natürlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gegenkräfte innerhalb der Rechtsbewegung sind in geradezu katastrophaler Weise dadurch verächtelt worden, daß man von gewisser Seite aus versucht hat, das Tempo der Bewegung künstlich zu beschleunigen und die Bewegung „radikal“ voranzujubeln. Drohend wurde auf die Ungebild der Kampferbände hingewiesen, die förmlich zum Loslösen bereitstünden, wenn nicht sofort und umgehend eine „nationale“ Regierung gebildet würde. Andernfalls seien Putsch, ja, der Bürgerkrieg unvermeidlich, zumal die „nationale Regierung“ sich und fertig zur Abführung der „marxistischen“ bereit stünde. Es kam auch zu den Putschen in Kärnten und München; außerdem kann man die erste Krise des Kabinetts Stresemann als Auswirkung eines sogenannten linken Rapp-Putches bezeichnen. Undeere Erfolge hat der Ruck nach rechts bis jetzt gezeigt. Er hat im Gegenteil die Gegenkräfte im Bürgertum verächtelt und die nationale Bewegung in ihrer Gesamtheit gehemmt und gesplittet. Weiter hat er noch die besonders blie Erscheinung gezeigt, daß es nun auch Novembernationalisten gibt, wie es früher nur Rosenbergnationalisten gab. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Rechtsbewegung sich nicht zu einem Faktor von ausschlaggebender politisch-parlamentarischer Bedeutung entwickeln konnte. Die Ergebnisse der Nachwahlen in den einzelnen Ländern lassen es auch fraglich erscheinen, ob dieses Ziel durch neue Reichstagswahlen erreicht werden kann. Frühen Reichstagswahlen zu einer Stärkung der radikalen Gruppen auf der äußersten Rechten und Linken — wie sich dies bei fast allen Nachwahlen bis in die letzte Zeit gezeigt hat —, dann bleibt die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag ebenso fraglich wie jeher.

Dennoch müßte der völlig überalterte Reichstag aufgelöst werden. Zwei bedeutsame Gewinnmöglichkeiten psychologischer Natur bietet jedoch eine Neuwahl immer, nämlich die dringend notwendige Bluterneuerung in allen Fraktionen und die Befreiung der Deutschnationalen vom völkischen Druck auf Jahre hinaus. Haben die Deutschnationalen die Reichstagswahlen hinter sich, dann dürfte sich auch bei ihnen eine stärkere Entschlußkraft zeigen und endlich auch das Verantwortlichkeitsbewußtsein gegenüber dem Staat und dem Volke zum Durchbruch kommen. Bei der letzten Krise ließen es die Deutschnationalen gerade im entscheidenden Augenblick vermissen. „Es war doch“, um einmal mit der Deutschen Allgemeinen Zeitung, mit der uns sonst wenig Gemeinsames verbindet, zu sprechen, jedenfalls, trotz ungeschick, in diesem Augenblick den Mittelparteien mit der Forderung der Auflösung der preussischen Regierungskoalition die Pistole auf die Brust zu legen. Dadurch wurde die Arbeit der Mittelparteien erschwert, als eine solche Antimission nach rechts im Reich wie in Preußen als unvornehmlich anseh und sich anzupassen entschlossen war.“ Jede Drück will reifen. Der mit gewaltigen Mitteln im Jahre gezielte „Ruck“ nach rechts mußte zu künftigen Ergebnissen führen, weil auf dem Wege der Gewalt die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung überhaupt unmöglich war. Das haben auch die Deutschnationalen selbst eingesehen. Daraus erklärten sich ihre bestimmten Zugeständnisse: Anerkennung der Weimarer Verfassung, Bekämpfung aller illegalen Verbände, Einverständnis mit der Durchführung der auswärtigen Politik durch Stresemann und damit Billigung der Stresemannschen Außenpolitik. Daß sie diese Zugeständnisse vergeblich gemacht haben, ist die Schuld der Deutschnationalen selbst. Auf jeden Fall sind diese Zugeständnisse die stärkste Anerkennung für die Richtigkeit der bisherigen volksparteilichen Politik unter Führung Dr. Stresemanns.

Der neueste Ruck nach rechts hat wie alle früheren, vom Rapp-Putsch angefangen, mit der Erkenntnis geendet, die Stresemann in seiner letzten Reichstagsrede dem deutschen Volke als Lebensziel aufstellte: Nicht Restauration, nicht Gegenrevolution, sondern Koalition und Zusammenfassung aller Kräfte müssen die großen Gedanken sein, die uns leiten. Eine machtpolitische Lösung ist auch im Innern wohl zeitweilig, nicht aber auf die Dauer möglich. Sie haben wohl kaum irgendwo sonst ein Land so erklärtes wie Deutschland, in wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten. Nur durch Veröhnung der Gegenkräfte ist der Ausgleich möglich.“ Dabin muß auch die Rechtsbewegung streben. Ihr Ziel muß darin bestehen, das bewährte Alte für die Gegenwart zu retten und so eine natürliche Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen dem alten und neuen Deutschland zu schlagen. In diesem Sinne war auch die D.B.P. stets eine Rechtspartei. In diesem Sinne bleibt sie der berufene politische Sammelpunkt jeder Rechtsbewegung, die, unter Abweisung aller gemäßigten Bestrebungen zum Schutze der Verfassung, die nationalen Kräfte aller Lager für die materielle und geistige Befundung des deutschen Volkes sammeln will.

Mannheim, 5. Dez. In Stolberg (Sax) brachen beim Schiffschulhaus auf einem Weiber fünfzehn Personen ein, von denen jeche ertranken.

Schluss mit der Politik der Reparationen und Besatzungsheere!

Ein neuer Marquis Mittell

Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht einen Aufsatz des berühmten holländischen Ministerpräsidenten Ritttel, in dem er schreibt:

„Alle auf dem europäischen Kontinent, die für den Frieden und die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern sind, verfolgen die britischen Wahlen mit lebhaftem Interesse und hoffen, daß das neue Unterhaus die Grundlage einer kühnen demokratischen Regierung sein werde, die in der Lage sein werde, durch ihr Prestige und ihre Macht in der Welt den Frieden aufzulösen. Der gesamte europäische Kontinent lehnt keine Tage täglich schlimmer werden. Nur eine gemeinsame Aktion Großbritanniens und der Vereinigten Staaten könne die Lage retten. Das offizielle Frankreich folge Poincaré bei seiner Politik der Fortsetzung und belasse sich Tag für Tag mit Warten. Es wolle keine Reparation, es glaube nicht daran, wie könne es auch daran glauben, nachdem es Ruinen aufgehäuft habe! Es wolle um jeden Preis Deutschlands Ruin und Unordnung sein. Seine drei wesentlichen Ziele seien:

1. Deutschland in 5 oder 6 Staaten zu spalten, wie Hamantag zur Zeit des Westfälischen Erbfolgekrieges und die Quasi-Ordnung des nördlichen.

2. Das gesamte linke Rheintal mit seiner Bevölkerung von 12 Millionen Deutschen an Frankreich anzugliedern, wie von Foch und Tardieu vorgeschlagen worden sei, als der Versailler Vertrag vorbereitet wurde.

3. Durch eine unbedingte, sogenannte Befestigung des Ruhrgebiets die militärische Kontrolle der Röhre und des Eisens. Das sei die tatsächliche militärische Beherrschung des europäischen Kontinents zu erreichen.

Ritttel erklärt, das Programm werde nicht gelingen. Poincaré habe keine äußerlichen Anstrengungen gemacht und seine gesamte Stärke angedeutet, aber die Wirtschaften blieben unversichert wie ein Granitberg. Alle Wogen französischer Gewalt schlugen vergeblich gegen den unbeweglichen Berg. Alle Gewaltanwendungen gegen Deutschland werden vergeblich sein. Deutschland kann sich wehren und werden, von Reaktion zur Revolution, aber es kann nicht geben, was es nicht in sich selbst hat. Deutschland kann unbegrenzt gefördert werden, aber die Deutschen werden nicht aussterben. Sie werden die große Stellung wieder gewinnen, wozu ihr nationales Genie und ihr unüberwindlicher Fleiß, wie in der Weltwirtschaft berufen.

Ritttel fährt fort, das Westliche für Großbritannien sei keine Ausfuhrmärkte wieder zu erlangen. Dies könne nicht geschehen, ohne daß der Politik der Reparationen und der Besatzungsheere ein Ende bereitet würde. Wenn ein jedes Land Herr seiner eigenen Grenzen und frei sei, sich zu demessen und sein eigenes Jochregime zu bestimmen, so würden die Bedingungen des freien Handels wieder hergestellt sein. Daher sei es für Großbritannien, wie für fast alle Völker, die nicht durch Furcht und Hoffnung auf Neuerwerbungen nebenbei leben, notwendig, der Politik der Reparationen ein Ende zu bereiten. Wenn dies nicht geschehe, so werde die Lage Europas und der Welt sich dauernd verschlimmern. Nur durch eine gemeinsame Aktion Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in der Politik der Reparationen könne der Politik des Elends und des Todes ein Ende bereitet werden.

Englischer Protest gegen das Verbot der „Rheinischen Zeitung“

Der „Manchester Guardian“ protestiert in scharfen Worten gegen das Verbot der „Rheinischen Zeitung“. Nach den Bestimmungen des Rheinlandabkommens sei die Veröffentlichung von Nachrichten zu unterliegen, die für die Würde und Sicherheit der Besatzungsstruppen gefährlich seien. Das ganze Verbot der „Rheinischen Zeitung“ bestehe aber darin, daß sie die Politik Frankreichs und Belgiens in einer Weise kritisiert habe, wie sie von fast allen Organen der öffentlichen Meinung Englands beurteilt werde. Eine derartige Kritik solle nicht unter die angeführten Bestimmungen des Rheinlandabkommens, denn sonst würde den Deutschen jede Art unabhängiger Meinungsäußerung unmöglich gemacht werden. Es sei äußerst mißbilligenswert, daß sich der englische Vertreter in der Rheinlandkommission ohne Bezug zu dem Verbot äußere, denn Deutschland hätte ein Recht auf freie Meinungsäußerung.

* Adulf Wergander in Paris. Der König von Jugoslawien ist in Paris eingetroffen, um Verhandlungen über die Reparationsforderungen Jugoslawiens gegenüber Deutschland und über die Rüffigungmachung des von der französischen Kammer bewilligten 30 Millionencredits zu führen.

* Die internationale Verkehrscommission hat das Eisenbahnabkommen mit den Stimmen der deutschen Delegierten angenommen. Der Vorsitzende des Eisenbahnunterausschusses des Völkerbundes sprach dem Geheimrat Wolf vom Reichsverkehrsministerium den Dank für seine Mitarbeit aus.

Wies prüde der Mensch, lagen die Humanisten, daß er, fröhlich genährt, danken für alles ferne, und verleihe die Freiheit, anzubringen, wozin er will

Hilberlin.

Viertes Akademie-Konzert

Am Mendelssohns musikalischen Wanderschaftstabe der Akademie oder vielmehr der Singakademie begann man, aber die fast naive Romantik, die uns mit violettem Zauberlicht umfließt, wurde von Richard Viet allzusehr perzessiert und zerlegt. Was so im Einzelnen gewonnen worden sein mag, was unter Nationaltheater-Direktion, den Absichten seines Führers getreu, sondern, um an verhaltenemgemäßer Präsentation spenden, konnte indessen den neuen Wohlklang nicht erleben. Man blieb kühl. Oder war man auf den großen Pianisten Walter Gieseking und das neue Klavierkonzert von Hans Sittner? Nun, Walter Gieseking übernahm alle Erwartungen. Wohl mußte er dem „Wächter“ Gewalt antun, um sich gegen das moderne Symphonie-Orchester zu behaupten, aber er spielte das überaus schwierige, unheimliche Werk mit solch glänzender Fertigkeit und zugleich mit solch innerem Mitgefühl, daß der Beifall kaum erdenklich war. Was hier übrigens unser Direktor vorbrachte, was Richard Viet als „Wächter-Direktion“ geleitet hat, bedarf keiner geringeren Anerkennung. Der Pianist trat erst mittig um halb 1 zur Probe ein, es ist nur ein kurzes Vorstudium möglich gewesen. Ein moderner Generalmusikdirektor, hat Richard Viet nicht allein den technischen Teil seiner schweren Aufgabe vollständig bewältigt, sondern sogar das neue Werk beinahe auswendig geleitet. Fürwahr ein tapferes Gegenstück zu dem ganz auswendig vorzutragenden Klaviermeister! Ueber das neue Werk ist als allgemeiner Eindruck festzuhalten, daß der zweite Satz, ein geistreicher Scherz in einheitlich orientiertem Stil, am besten geliebt, der Schlußsatz am wenigsten. Für ein Klavierkonzert ist dieser Lobbesand keineswegs günstig, denn man über den Schlußsatz ausließe, den Klängen, vornehmlich, Schwermelancholischen Stellen, so wäre der Schluß geliebt.

Manget soll aller neuen Klavierkonzerte läßt sich mit Worten sagen: es ist die alte Dreiteilung (Duo-Vari - Luft und Leben), es fehlt die einfache Form (die alten) keine Bahn gibt), es fehlt die einfache Dreiteilung. Romanistiker können an alle Formen und Sillonen zu durchwandern zu wandern, und Hans Sittners Gänze bringt ein neues Klavierkonzert. Das Konzert war überaus schön, das neue Klavier und eine der Freiheit der Spielweise. Die Zeit war Hans Sittner ehren wir

Neuer Kurs im Ruhrgebiet

Begnadigungen — Umgruppierung der Truppen

Das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht durch Adans folgende Mitteilung:

Auf Vorschlag des Generals Deaouille haben die französischen und belgische Regierungen beschloffen, bereits leicht verwaltene- und Beandachtungsmaßnahmen zu Gunsten ausgewiesener und verurteilter Personen zu treffen. General Deaouille sieht auf dem Standpunkt, daß der passive Widerstand tatsächlich aufgehört hat, wenn einerseits die Macht in den Betrieben und den Fabriken wieder aufgenommen ist, und wenn andererseits die Abmachungen mit dem Deutschen Reich über den Betrieb der Rhein- und Ruhrbahnen von der Berliner Konferenz ratifiziert und zur Anwendung gelangt sind. Der Tag für das Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist der 10. Dezember. Die Umgruppierung der Truppen zu dem Zweck, den Kontakt mit der Bevölkerung zu vermindern, hat bereits begonnen und wird schrittweise fortgesetzt werden.

5000 Ruhrgefangene

Eine Haopsmeldung aus Düsseldorf behauptet, daß die deutschen Gefangenen in Belgien über die in französischer Gefangenschaft befindlichen Deutschen außerordentlich überleben kien und nur ein Zehntel der genannten Zahl betragen. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nach vorläufiger Schätzung mindestens 5000 Deutsche lediglich aus politischen Gründen und zur Wiedererrichtung des belgischen Widerstandes in Gefangenschaft verurteilt wurden. Von diesen befinden sich nach etwa 2800 in Haft, die anderen wurden infolge Ablauf der Strafsätze entlassen, während nur sehr wenige vorläufiger Verhaftung der Strafe im Freilicht geleitet wurden.

Eine interessante belgische Stimme

Die „Inependente Belge“ veröffentlicht einen Artikel des Brüsseler Universitätsprofessors Maurice Kintanz mit der Überschrift: „Die Stunde der Barmerbergelien.“ Alle Wünsche, so heißt es darin, zeigen, daß im Ruhrgebiet ungläubiges Glauben herrsche: Die Bevölkerung hungere und friese, die Preise seien zweifach oder dreifach so hoch wie im übrigen Deutschland, Überdauern seien an der Tagesordnung. Es ist unendlich, sich nicht über eine derartige Lage auszuregen. „Ich weiß, daß man von einer Kollektivschuld aller Deutschen spricht“, führt der Verfasser fort, „aber die am meisten Schuldigen sind die, die am strengsten bestraft werden. Die breiten Volksmassen leiden am grauenhaftesten.“

Wäre Barmerbergelien unter diesen Umständen nicht eine gute Politik? Man möge sich überlegen, daß wenn man am Rhein und Ruhrgebiet einen unaustrittbaren Hof schafft, Belgien keine ruhige Zukunft sieht. Die Zeit drängt, man muß aus der latenten Kollektiv herauskommen, die gewiß nicht verdrängbar ist, aber wenn sie erobert, gefährlich werden muß. Man muß ein großes Werk der Hilfe organisieren.“

Das humane Empfinden Anfang in Ehren, aber warum hat es sich nicht schon vor Wochen und Monaten gezeigt?

Reichseisenbahn und Regie

Darmstadt-Frankfurt und Darmstadt-Worms bleiben deutsch

Die in Mainz zwischen der Deutschen Reichseisenbahn und der französischen Eisenbahnregie festgelegten technischen Bedingungen für einen modus vivendi geben von der Tatsache aus, daß die Regie den Betrieb aller Strecken im besetzten Gebiet (ausgenommen der Röhre Zone) weiterführt. Jedoch sollen die Strecken Röhre und Darmstadt-Frankfurt sowie die Strecke Frankfurt-Darmstadt und Darmstadt-Worms in dem Betrieb der Reichseisenbahn verbleiben. Die Grenzen zwischen dem Reichsbahnbetrieb und dem Regiebetrieb sind genau festgelegt. Der deutsche Waggonpark bleibt Eigentum der Reichsbahn und wird in ähnlicher Weise verteilt wie vor dem 11. Januar 1923.

Aus der Regelung der Verkehrsfragen ist hervorzuhoben, daß die Grenzen und das Hoheitsgebiet von jeder Verwaltung bis zu dem veränderlichen Uebergangsbahnhof eingezogen werden sollen. Hiernach werden durchgehende Fahrkarten im Wechselverkehr zwischen den von der Reichsbahn und den von der Regie betriebenen Bahnhöfen nicht ausgegeben werden. Im Güterverkehr soll die Frankfurt bis zu dem Uebergangsbahnhof und von da ab die Ueberweilung vorgeschrieben werden. Maßnahmen, die Eingabe des Interesses der Lieferung und nachträgliche Verbilligung sollen ausgeschlossen sein. Für Sendungen nach unbesetzten Deutschland nach der Regie soll der deutsche Frachttarif benutzt werden. In der umgekehrten Richtung wird außerdem ein Regiefrachttarif beigegeben werden. Der Fahrplan der Personenzüge soll durch ein besonderes Abkommen geregelt werden. Im Falle der Genehmigung durch die Reichsregierung soll das Abkommen am 10. Dezember 1923 in Kraft treten.

auch dies Klavierkonzert, zur Liebe können wir uns aber nicht zwingen. Mit Schumanns D-moll-Symphonie schloß die Akademie, der Beifall war groß und galt Richard Viet wie unserem Orchester. Verderben wir unsern Akademiedirektoren nicht die Rhythmwirkung, halten wir aber an dem Grundlag fest, daß Robert Schumanns 4. Symphonie ohne Kubano und in dem von ihm selbst angegebenen Tempo zu spielen ist. Diese Symphonie, von Schumann in seiner Düsseldorfzeit geschrieben, klingt bezaubernd nicht gut, aber die Einleitung, die Romanze und das Scherzo — mit dem sinnigen Trio in B — sind so liebenswert, daß wir unsere unveränderte Freude hatten.

Theater und Musik

6. Dresden Theater. Unser Dresden Schauspielreferent schreibt: Das Reußländer Schauspielhaus bezieht die Uraufführung des Dramas „Ueber Nacht“ von Dr. E. Pöhlitz heraus. Das allseitige Lob von der schäumenden Schaulust einer allseitigen Ehe, die zerfällt wird, als der Jugendfreund des Mannes aus den Kolonien mit seiner stillen Liebe zu Gerda zurückkehrt. Man erlebt das gewandelte Schicksal Noras im Puppenheim, der durch den Freund Dr. Kant die Augen aufgingen. Hier ist der Eingriff, der die schäumenden Reime von Menschlichkeit und einer alles verlebenden Liebe weilt, der fache heimkehrende Freund. Er glaubt sich vom Leben betrogen und landet in bürgerlichen Heim. Das Heldische, Großartige, das seiner stillen Resignation entströmt, der Duft, der von dem Wesen einer weiseren, gereiften Persönlichkeit ausgeht, bringt Verda ins Wanken. Als der Jugendfreund um ihrer Abfolge willen sich erhebt und sie als Universitätslehrer einsetzt, so können die Vergleiche zwischen dem Mann und dem toten Gerda in ihr und lobern zum Bewusstsein auf. Ein seiner Dialog mit verhaltenen Klängen. Aber die gestaltende Kraft und die psychologische Vertiefung reichen nicht aus, um die Idee von der höchsten Liebe nach dem Tode glaubhaft zu machen. Das Drama wird von drei Darstellern besprochen (Marianne Fren, Johannes Steiner und Karl W. H. die in prächtiger Abstimmung zu einander dem Drama zu einem Erfolge verhelfen. — Einer ganz außerordentlichen Aufführung des Staatstheaters von Hauptmann „Wern“ ist zu gedenken. Was hier die Einzel- und Musikregie unter Georg Kleins Leitung und die Darstellung in wunderbarer Harmonie spielen, das war eine Großtat, ein Zusammenkommen, wie man ihn in solcher Reinheit und Güte selten erlebt.

Der Papst und der Film. Der römische Kardinal, abent der Londoner „Central News“ wieder seinen Brief, der Papst habe, in dem Vertrauen, den Film der Ausbreitung des Christentums zu machen, die Kirche in allen Teilen der Welt auszuweihen. Verträge über den Verkauf religiöser Filme einzuziehen. Diese Verträge liegen vorläufig aus den Vereinigten Staaten, aus Spanien

Die Separatisten in der Pfalz

Brandstiftung bei Heins-Orbis

Die Untersuchung über einen Brand im Anwesen des pfälzischen Separatistenführers und Sozialisten Heins-Orbis (siehe nach ihrem bisherigen Verlauf die Vermutung zu bestätigen, daß Brandstiftung durch einen entlassenen Separatisten vorliegt. Am Tage des Brandes erschien ein fremder Burde mit einem Metallverwand um den Kopf auf einem Fuhrwerk in der Wohnung von Heins-Orbis, der sich jetzt in Spener befindet, und erzählte, der Schwefel des Separatistenführers sei bei Separatist und ein Freund ihres Bruders und habe im Auftrag von Heins-Orbis und des Separatistenführers Man aus Schifferhaldt verschiedene Aufträge zu erledigen. Er sei in dem beschriebenen Ort Reichenbach bei einem Zusammenstoß mit der Bevölkerung verwundet worden. Nach Eintritt der Dunkelheit holte der Separatist sein in der Scheune des Anwesens untergebrachtes Vieh und fuhr davon. Kurze Zeit nachher brannte die Scheune vollständig und wurde bis auf die Umfassungsmauern eingestürzt. Trotzdem das Gebäude verfallert war, ist der Schaden sehr groß. Der Bürgermeister von Orbis ist nach Spener befohlen und die Gemeinde Orbis soll für den Brand verantwortlich gemacht werden.

Zusammenstöße

Zu einem Zusammenstoß zwischen dem pfälzischen Separatisten und den Einwohnern kam es, wie jetzt erst bekannt wird, am Donnerstag voriger Woche in der Nähe der Ultripper Mühle. Dabei machten die Separatisten von ihren Schusswaffen Gebrauch. Verletzt wurde jedoch auf Seiten der pfälzischen Einwohner niemand, dagegen haben die Separatisten mehrere Tote verloren.

Unheilbar kommunistisch infiziert

6. Berlin, 6. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Die Verhandlungen über die Landespolitik auf dem schließlichen sozialdemokratischen Parteitag haben, wie aus Dresden gemeldet wird, zu einem vollkommenen Sieg der Mobilisten geführt. Eine ungenannte Entschloßung geht dahin, daß im Landtag das Vorhandensein einer proletarischen Mehrheit stärker als in der letzten Zeit zu betonen sei. Sollte die gegenwärtige Landesregierung die zu halten Pflicht der Sozialdemokratie erfüllt werden, so soll zuerst mit den Kommunisten, dann erst nach rechts hin verhandelt werden. Auf jeden Fall soll die Entscheidung über eine Koalition nach rechts oder links einem Vorkomitee überlassen bleiben. Die Tage des Kabinetts Rößler schreiben demnach nachteilig zu sein. Als neuer Ministerpräsident gilt jetzt der ebenfalls wie sein Kollege und erfolgreicher Staatsmann Reimer unbekanntlicher Vertrauensmann der Kommunisten ist.

Verhaftungen

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist der Regierungsamtsleiter bei der Landespolizei in Chemnitz, Regierungsrat Weltfälinger, gegen den seit einiger Zeit wegen Waffenschießungen ein Verfahren schwebt, vom Reichswehrgerechtsamtskommando IV in Schuchardt genommen worden. Auch Regierungsamtsleiter Ritzsch in Dresden, der in die Angelegenheit verwickelt sein soll, wurde festgenommen.

Das Chesterabkommen annulliert

Wie aus London berichtet wird, hat die Angoro-Regierung das Chester-Abkommen annulliert, weil der Termin für den Beginn der Arbeiten von den Konzeptionären nicht eingehalten worden ist. Die Konzeptionären, die dem Admiral Chester bzw. der American Development Co. im April d. J. erteilt worden war und nicht weniger als 12 verschiedene Eisenbahnlängen mit im ganzen 4700 Kilometern und umfassen am Schwarzem und Mitteländischen Meer sowie das Ausbaurecht für Erz- u. Erdöltransporten in der Bahnzone verleiht, sah eine sechsmonatliche Frist für den Beginn der Arbeiten vor. Die Konzeptionären wurden bei ihrer Erstellung bereits Gegenstand bestiger politischer Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Ententeemächten. Frankreich erob in Angoro und Wolington Anspruch, und England erlangte auf diplomatischem Wege eine Art Unterbestätigung. Aber es scheint doch, daß die auf 500 Millionen Dollar geschätzten Geldmittel für den Bau der gewaltigen geplanten Anlagen nicht rechtzeitig überliefert werden konnten, so daß die Türken jetzt, nachdem die erste Bauleiste (Samsum-Sims) innerhalb der Vertragsfrist von sechs Monaten nicht begonnen ist, den Vertrag annulliert und die hinterlegte Kaution von 10 000 £ vorläufig beschlagnahmt haben.

Gesellschaft, 5. Dez. Nachdem die Resolutionskonferenz des Mittelbergarbeiterverbandes sich für das Arbeitsgesetz in Form eines ausgeprochen hatte, stimmten namentlich auch die polnische Gewerkschaft und die Dösch-Dunklerische Gewerkschaft zu.

Mittel, 4. Dez. In dem großen Schicksalsanale, in dem die deutschen Sejmabgeordneten sich und Fuchs in einer öffentlichen Versammlung über Tagesfragen sprachen, wurden während der Ausführungen von Fuchs über die Lage der Deutschen in Polen drei Handgranaten durch eine Glutkugel gegen das Rednerpult geworfen. Durch die Explosion wurden drei Personen schwer und 21 leicht verletzt.

Rom, 5. Dez. Nach Meldungen aus Romel streut der Versuch wieder Pavane zu tun. Die pfälzischen Klaffen bedrohen die Umgebung. Die Bevölkerung ist außerordentlich besorgt und hat sich auf den Krieg vorbereitet.

und aus Südamerika vor. Sie besagen, daß das Publikum im allgemeinen für religiöse Filme kein Interesse zeigt, ausgenommen für große Zeremonien in der Peterskirche, im Vatikan usw. Amerikanische Filmfirmen bemerken sich nicht auf die Graubaus zu solchen Aufnahmen und bieten große Summen dafür. Vor allem möchte man gern einen Film von Papst und von seinen Kardinälen erhalten. Der Papst hat die Entscheidung über einen eigens gebildeten Ausschuss von Kardinälen überlassen.

Kunst und Wissenschaft

6. Ein verschollenes Bild von Kerling aufgefunden. Gerhard von Kögeln, einer der berühmtesten Maler seiner Zeit, ist, wie bereits besprochen, lieb und vertraut durch die Schicksale seines Sohnes Wilhelm von Kögeln in seinen klassischen „Jugend-erinnerungen eines alten Mannes“, die in den sechsen erschienenen Lebenserinnerungen eine unvermutete Fortsetzung erfahren haben. Wilhelm Kögeln auch in einem angedeuteten Kapitel die Wertigkeiten seines Vaters und Caspar David Friedrichs und berichtet, daß der Maler Kerling, der heute als einer der feinsten Maler der Biedermeierschule gilt, beide Maler gemalt habe. Das Bild des Friedrichs Malers befindet sich in der Berliner Nationalgalerie. Das gemalte Meister Kögeln's aber war über trotz aller Nachforschungen verborren und ist erst jetzt durch G. A. Kern aufgefunden worden, der über diese glückliche Entdeckung im neuesten Heft des „Kunstwunder“ eingehend berichtet. Das Bild ist nach Art eines Agnolo's Mann mit Delafra gemalt und 1811 datiert. Es gehört zu den besten Werken des Malers und hat hohe materielle Qualitäten, zeigt von der rührenden Innigkeit, mit der es gemalt wurde. Daneben ist es aber auch von höchst dokumentarischen Wert, eine Quelle für die persönliche und künstlerische von Kerling's Eingebundenheit, führt in die Welt und den Kreis Gerhard von Kögeln's ein, die uns aus den Schicksalen des Sohnes so wohlbekannt sind. Der Maler ist in dem Bilden Raum vor dem Fenster, das links oben auf die Querstraße der Staffelei geliegt, den rechten Arm auf den Malfisch. Die Gestalt Kögeln's ist nach allen Beschreibungen, die wir von seinem berühmten, originell romantischen Aussehen besitzen, überaus ähnlich. Das Bild, in dem das Maler lag, war der sog. „Gottesknecht“ an der Wäldlichen Mauer, der schließlichen und freundlichen Straße Dresden's. Besonders interessant sind die sehr fein ausgeführten Hände Kögeln's, die an den Händen der Biedermeierschule wiederzugeben sind. Sie finden wir an der linken Hand die Bildnisse Goethe's und Schillers, die der Maler kurz vorher bei seinem Besuch in Weimar gemalt hatte und die ihm besonders lieb und wert waren. Das große Bild, das „Wilm Mann“ als Kögeln'sen Mann in einem 1811 gemalten Stoffbildchen lebend, gegen den er seinen Blick richtete, auch

Nachbargebiete

Frankfurt a. M., 4. Dez. Der Stadthauptfiskus wurden bei den Gehaltszahlungen am Samstag zwei mit allem amtlichen Beiwerk gefälscht angefertigte gefälschte Zahlungsscheine vorgelegt. Die Stadthauptfiskus hat diese Zahlungsscheine auch konstatiert, so daß ein Schaden von insgesamt etwas über zwei Millionen M. entstanden ist. Die Nachforschungen nach dem Täter werden voraussichtlich bald durchgeführt werden und die Täter bereits 3 Stunden nach seiner Verhaftung festgesetzt und die viel leicht beschlagnahmte gefälschte Scheine der gefälschten Anweisung verhandelt werden konnte. — Ein Geschäftshaus in der Weidenstraße wurde in einer der letzten Nächte von Einbrechern beseitigt. Die Täter drangen zunächst in ein im Erdgeschoss gelegenes Bureau ein und stahlen hier aus einer Kasse 200 Millionen M. Dann arbeiteten sie sich durch die Decke in das erste Stockwerk, in dem sich ein Kleider- und Tuchgeschäft befand. Aus diesem raubten sie 10-12 Ballen Stoff und schätzte den Wert auf 200000 M. Aus einer Autokasse in der Bremerstraße wurde in der Nacht zum Sonntag ein Personentransportwagen gestohlen. Als Täter soll ein Arbeiter in Frage kommen. — In der Friedberger Straße wurde ein Bäckergesetzlich nächsterweil nahezu ausgenommen. — Am 13. November hatte ein etwa 50jähriger Mann in Sachsenhausen eine gefälschte Dalfarscheinanweisung über 10 Heller Kennwert in Zahlung gegeben. Anmache wurde in den letzten Tagen in Friedberg ein Mann von der dortigen Polizei festgenommen, der in einem Geschäft ein solches Geschäft unterzubringen suchte. Es handelte sich um den hier, Chemiker 21 wohnenden Johann Busch. Die Polizei von der hiesigen Kriminalpolizei angeforderten Ermittlungen führten zur Festnahme einer ganzen Bande von Fälschern.

Gerichtszeitung

Das Wildwestdrama in Eberbach

Der zweite Liebesfall auf den Deutschamerikaner Bergdoll vor Gericht

Mosbach, 5. Dez. Am morgigen Donnerstag beginnt vor der hiesigen Strafkammer das gerichtliche Nachspiel zu dem zweiten Liebesfall auf den Deutschamerikaner Bergdoll. Der am Abend des 10. August in seinem Zimmer in der „Krone-Hof“ in Eberbach von zwei Männern, Karl Schmidt aus Pausanne und August Eberber aus Paris überfallen und niedergeschlagen worden war.

Bergdolls Vater, der amerikanische Brauereifabrikant Berthold Bergdoll, war gemeinsam mit seiner Frau in langen Jahren nach Amerika ausgewandert und hatte in Philadelphia eine Brauerei gegründet, die ihn zu einem der reichsten Männer der neuen Welt machte. Dort wurde auch sein Sohn, August Bergdoll geboren, der eine Automobilfabrik ins Leben rief und auch in der amerikanischen Armee ein erfolgreicher Offizier war. Als aber Amerika in den Weltkrieg eintrat, wanderte auch Bergdoll, dem Stellungsbesitz folgte zu leisten, in die nicht arme Heimat, mit dem seine Eltern immer noch Beziehungen unterhalten, künftigen wollte. Er wurde deshalb in Berlin des Jahres 1920 verhaftet, — man hatte lange Zeit vergeblich nach ihm gesucht — und wegen Raubmord zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im Juli freilassen, erklärte Bergdoll, er habe in den Weltkriegen seinen amerikanischen Verwandten 200000 Dollars in Gold verpackt. Es wurde ihm gestattet, diese Summe unter Aufsicht der Besatzungsmächte zu holen. Hierbei gelang ihm die Flucht. Die trotz mangelhafter Schmierarbeiten abfiel und bei der er über England nach Deutschland und schließlich nach Eberbach kam. Als sein Aufenthalt den amerikanischen Behörden bekannt wurde, verurteilten sie Bergdoll wieder zu fünf Jahren Gefängnis. 50000 Dollars Belohnung wurden auf seine Ergreifung, tot oder lebend, ausgesetzt. Sechs Personen unternahmen nun unter Führung eines amerikanischen Detektivs den Versuch, Bergdoll in die Hände der amerikanischen Behörden zu bringen. Hierbei kam es zu dem ersten Liebesfall auf Bergdoll, der sich ebenfalls in Eberbach im Jahre 1921 ereignete. Der Versuch mißglückte und der amerikanische Detektiv Reed wurde zum letzten Helfer der beiden vom Mosbacher Landgericht zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen (bis zu 1 1/2 Jahren) verurteilt.

Das zweite Verbrechen dieses Liebesfalls ist die amerikanische Behörden nicht ruhen. Als Bergdoll am 10. August 1923 gegen 10 Uhr abends sein Zimmer im Hotel zur „Krone-Hof“ in Eberbach betrat, wurde er von zwei Männern ergriffen, aus dem Zimmer geworfen und mit Gewehrknäueln niedergeschlagen. Dem Liebesfall gelang es aber, sich seiner Verfolger zu erwehren, er konnte seinen Revolver ziehen und auch in der Dunkelheit (es war Bergdoll bei der Rückkehr des Liebesfalls nicht mehr möglich gewesen, in dem Zimmer Licht zu machen), seine Schüsse ab, durch die der amerikanische Späher Karl Schmidt aus Pausanne getötet und ein früherer französischer Unteroffizier namens Robert Eberber aus Boris schwer verwundet wurde. Als Führer dieses zweiten Liebesfalls wurde der ebenfalls in der „Krone-Hof“ abgesetzte amerikanische Oberleutnant Charles Griffiths festgenommen, der von seinem amerikanischen Chauffeur Helfen und dem ebenfalls russischen Führer General Gagarin begleitet war.

Nach diesem überaus verurteilten Liebesfall entflohen diese drei letztgenannten Personen in einem Kofferraum, der aber einige Kilometer außerhalb Eberbachs von der Polizei angehalten werden konnte. Die Insassen wurden sofort verhaftet. Kurz vor dem Liebesfall löst Bergdoll von seiner aus den Bereinigten Staaten in Eberbach einestrotzenden Mutter und von der amerikanischen Regierung nachgefordert worden sein, nach den Bereinigten Staaten zurückzukehren und sich dort freiwillig zu stellen. Die gegen ihn erteilte Gefängnisstrafe wurde ihm zum größten Teil erlassen werden.

Mannheimer Strafkammer

Mannheim, 4. Dez. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Hiltner; Richter: Dr. Landgerichtsräte Dr. Lefter, Hoff, Dr. Richter und Dr. Arnold.

Der Kohler Jakob Grimm von Karlsruhe hatte am 8. August 1923 gefälscht ein Wortschreiben einem Hausbesitzer mit einem Brief auf den Kopf geschlagen, wodurch eine erhebliche Verletzung entstand. Vom Schöffengericht am 8. Oktober zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, legte er Berufung gegen das Urteil ein, die jedoch heute verworfen wurde.

Wegen übermäßigen Verdienstes wurde der Schweinehändler Anton Walz von hier am 5. Oktober vom Schöffengericht zu 200 Millionen Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Auf die Berufung des Walz wurde das Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen, weil ein übermäßiger Verdienst nicht nachgewiesen werden konnte.

Aus dem gleichen Grunde mußte auch der hiesige Schweinehändler August Schmidhäuser freigesprochen werden, der am 5. Oktober vom Schöffengericht zu 200 Millionen wegen übermäßigen Verdienstes verurteilt worden war.

Neues aus aller Welt

— Neue Oelfunde in Neuenburg bei Hamburg. Während der Seesuchtungen bei der Hamburg benachbarten Ort Neuenburg wurde Kreide in einer Tiefe von 900 Meter gefunden. Die Bohrung der Oelfeld-Gründung hat Kreide schon in 340 Meter Tiefe erreicht. Diese emporgedragenen Kreidestoffe deuten auf ein Oelfeld, das ihrerseits dem Aufsteigen die Kreidestoffe mit sich führen hätten. In der Nähe der Ortshafen Soltorf unweit Hamburg sei von auf starke stehende Schichten gefunden, die eine Möglichkeit von mehreren hundert Metern aufweisen. Das Erdöl enthalte 5 v. H. Petroleum und 40 v. H. Kohlenwasserstoffe.

— Die fidele Gage. Wie aus Capobitola gemeldet wird, hat sich dort ein tragischer Fall ereignet. Vittorio Stotopos, ein junger Mann aus Pola, verliebte sich in ein junges Mädchen, und um ihm zu imponieren, erzählte er ihr unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit, er sei der in ganz Italien sehr gefürchtete und seit langem geflüchtete Bandit Callario. Seine Braut konnte das Geheimnis natürlich nicht wahrhaben, und es kam zu Unruhen bei ihr. Als nun Stotopos dieser Lage wieder zum Bewußtsein seiner Braut wollte, wurde das Haus vor sich umstellt, und als er gegen Abend demüht wurde, wurde der harmlose Großvater als der vermeintliche gefährliche Raubmörder nach kurzem Lauf von den Angeln der Carabinieri niedergestrichen.

Aus Handel und Industrie

Deutsche Festwährung

Für alle Deutschen durch des deutschen Volkes Wille und Arbeit

Von Diplom-Ingenieur und Mathematiker Dr. phil. (rer. pol.) Ernst Mayr, Professor a. d. Handelshochschule Mannheim III.

Daß mein Währungsvorschlag der allgemeinen national-ökonomischen Lehren widerspricht, beweist, wie er selbst sagt, nichts gegen seine Richtigkeit. Die zünftige Nationalökonomie und ihre jüngere Schwester, die Privatwirtschaft, hat meines Wissens irgendwelche praktische Vorschläge zur Währungsfrage nicht gebracht und wenn bei der Schaffung der Rentenmark in Berlin Vertreter dieser Fächer mitgewirkt haben sollten, was mir nicht bekannt ist, so konnte ihr Rat die Sache nicht bessern, wie sich jetzt doch bereits gezeigt hat. Auch hierin habe ich eben durch die Gewalt der Tatsachen der Gegenwart eine viel bereitere Unterstützung gefunden, als dies von irgend einer persönlichen Seite möglich gewesen wäre. Die Verschiebung der neuen Festmark ins Ausland habe ich bereits in der ersten Hälfte des Monats August vorhergesagt und man kann meine ausführlichen Begründungen hierüber nachlesen. Trotzdem sind die Initiatoren der Rentenmark davon völlig überrascht worden. Nur das entschlossene Bezirksamt in Lörrach hat ganz auf der Basis meiner Vorschläge, das Mitfallen der Frankfurter Zeitung sich zugezogen, als es mit drakonischen Maßnahmen die Sperrung der Verschiebung der Rentenmark nach der Schweiz und dem Elsaß verfügte. Auch sonst wird jetzt die Sperrung im kleinen Grenzverkehr wie ich höre durchgeführt. Ganz im Einklang mit meiner Forderung wird, der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe und in Bestätigung der geringen praktischen Voraussicht der Initiatoren der Rentenmark, nach der oben zitierten Zeitungsnotiz mit der möglichsten Sperrung der Rentenmark vom Auslande zugleich eröffnet, daß man daneben unseren Bedarf vom Auslande möglichst mit Devisen decken müsse. Von der geringen Entschiedenheit, mit der dies geschieht, abgesehen, die ja ein Kennzeichen aller unserer letzten Regierungen mit ihrem hilflosen Finanzprogramm ist, bedeutet dies doch ein Hinübergleiten auf einen weiteren wesentlichen Punkt meines Währungsvorschlags, der sich folgerichtig aus der Trennung unseres Inlandsgeldes vom Auslande ergibt. Herr Haller geht doch nach meinem Empfinden etwas zu programmatisch vor, wenn er meint, daß wir mit den beiden Tatsachen, der Sperrung meiner Festmark vom Auslande und der Besorgung des Auslandsverkehrs durch Devisen, die wir durch unsere eigene Arbeit, durch Ausfuhr, verdient haben, eine Art Parallelwährung geschaffen haben. Währungsgeld ist bekanntlich ein gesetzliches Zahlungsmittel, welches in seinen Kurantstücken im Inlande von jedermann in unbegrenzter Menge in Zahlung genommen werden muß. Das kann von den Devisen, welche wir im Auslande ausgeben und zu keinem anderen Zwecke mehr erwerben, doch sicher nicht gesagt werden, wenigstens nicht im Rahmen meines Währungsvorschlags.

Ich strebe mit meinem Währungsvorschlag nicht nur die Schaffung der Festwährung an, welche nur durch eine scharfe Trennung unserer Inlandswährung und unserer ganzen inneren Wirtschaft vom Auslande möglich ist, sondern auch die Gesundung unserer ganzen Wirtschaft überhaupt. Mein Währungsvorschlag muß dem deutschen Volke für den inneren Verkehr, welcher durch die Inflationsmark vollständig desorganisiert und zu einem hohen Prozentsatz vollständig unproduktiv geworden ist (ich erwähne nur den völligen Zusammenbruch des Sparwesens, des Kontokorrentkredits, des Ueberweisungsverkehrs, einschließlich des Postcheckverkehrs, die fürchterlichen Auswüchse des Wechselkreditwuchers der Inflationszeit), mit aller Deutlichkeit als eine exakte Wirtschaftsrechnung Tag für Tag vorgehalten werden, die ihm beweist, daß wir nichts mehr zuzusetzen haben, daß wir nach dem so oft mißbrauchten Worte vom Zusammenbruche, der doch nie vollständig eingetreten ist, auf eines zusammengebrochen sind, auf die Erkenntnis der bitteren Notwendigkeit, mit Aufbietung aller Kräfte zu arbeiten, auf die Erkenntnis, daß mit neuem Inflationsgeld eine einigermaßen wirtschaftliche Arbeit des deutschen Volkes ebenso unmöglich ist, als mit dem alten. Die Trennung unseres deutschen Festgeldes nach meinem Währungsvorschlag vom Auslande soll jedoch keineswegs eine Trennung unserer Wirtschaft vom Auslande bedeuten. Im Gegenteil. Das Festgeld, welches unsere innere Produktivität wieder auf den alten Stand zurückbringen muß, indem es auch die früheren hochwirtschaftlichen Formen des Kredit- und Zahlungsverkehrs wieder aufleben und die Reellität wieder in das Geschäftsleben zurückbringen hilft, macht uns nicht, wie Kurzsichtige meinen, zu einer wirtschaftlichen Insel, sondern bringt uns wieder in den Verkehr mit dem Auslande, denn ein Land kann doch selbstverständlich den Verkehr mit dem Auslande höchstens vorübergehend mit seiner Geldreserve, auf die Dauer aber nur durch seine Gütererzeugung, durch seine Arbeit beleben und aufrecht erhalten. Daß ich dem Auslande gegenüber im Gegensatz zur Politik der Nachkriegszeit den Stiel umdrehe und es statt mit unserem Gelde mit seinem bezahle, ist eine Maßnahme nach meinem Währungsvorschlag, welche das Auslande in keiner Weise übel nehmen kann. Denn wenn es etwas auf sich hält, kann ihm nichts lieber sein als sein eigenes Geld, da es das unsere bis jetzt doch immer schlecht gemacht hat. Die Frankfurter Zeitung (Nr. 872 vom 24. November) ist vollständig auf dem falschen Wege, wenn sie dem Bezirksamt Lörrach ein Währungsverständnis vorwirft und die Verschiebung der Rentenmark nach dem Auslande so auslegt, als ob uns das Ausland dadurch Kredit geben würde. Wir müssen uns gegen eine derartige Form des Kredit, die unser Geld mit einer Unterbewertung von 50 Prozent aufsaugt, bevor es das deutsche Volk selbst gesehen hat, ganz entschieden verhalten. Dieser Kredit ist nicht nur viel zu teuer, er ist auch unmoralisch deswegen, weil er eine Sache, die zur unentbehrlichen Lebensnotwendigkeit des Volkes gehört, zum Gegenstande des Schachers macht und ich muß mich wundern, daß die Frankfurter Zeitung sich dazu hergibt, eine derartige Erscheinung auch noch zu verteidigen.

A.-G. für Seilindustrie vorm. Ferd. Wolff, Mannheim

Auf Antrag der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim sind 13 Millionen M. neue Stammaktien dieser Gesellschaft zur Mannheimer Börse zugelassen worden. Von diesen Aktien sind 3 Mill. M. im Oktober 1923 ausgegeben worden. Die Aktien wurden damals den Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu 250 Prozent angeboten, wobei 4 1/2 Mill. M. Aufgeld der Reserve zuzusammen. Die Ausgabe der restlichen 10 Mill. M. erfolgte im Januar 1923. 5 Mill. M. wurden sowohl dem Stamm- wie den Vorzugsaktionären 2:1 zu 1000 Prozent angeboten. 5 Mill. M. neue Aktien wurden im Interesse der Gesellschaft verwertet. Das Aufgeld soll der Reserve zugeführt werden. Da das Stimmrecht der im Oktober 1923 ausgegebenen 1 Mill. M. Vorzugsaktien im Januar d. J. auf das Zwanzigfache erhöht worden ist, stehen nunmehr den 10 000 Stammaktienstimmen 20 000 Stimmen der Vorzugsaktien gegenüber. Der im Anzeigenteil veröffentlichte Pro-

spekt enthält bereits die Hauptziffern des Abschlusses per Ende Juni 1923. Es betragen (alles in Millionen M.): Verbindlichkeiten einschl. 661,9 (0) Bankschulden 10 183,3 (49,2) gegenüber 3638,1 (48,9) Außenständen einschl. 594,9 (18) Bankguthaben und 819,7 (18,2) Vorräten. Die Fabrikanlage der Gesellschaft wird seit August 1919 durch die Textilbetriebs-Gesellschaft m. b. H. für Rechnung der Gesellschaft in eigenem Namen geführt. Gemäß dem bis Ende August 1920 laufenden Vertrag steht der Gesellschaft die Kontrolle über den Fabrik- und Geschäftsbetrieb zu. Das 200 000 M. betragende Kapital der G. m. b. H. sei bisher in angemessener Weise verzinst worden. Der Gang der Gesellschaft sei im abgelaufenen Geschäftsjahr durchaus zufriedenstellend gewesen. Ueber die Aussichten lassen sich Bestimmtes nicht sagen; mit Zuversicht hoffe man, auch die durch die ungünstige Wirtschaftslage zu erwartenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Der Kampf um die Ettlinger-Aktien

Die Direktion der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen schreibt uns: „Das in den Tageszeitungen veröffentlichte Angebot der Bank für Textilindustrie, Berlin, ist unter großem Mißbrauch der Firma der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen, erfolgt. Die Textilbank ist ein Blumensteinsches Institut und vertritt keineswegs die Interessen der Gesellschaft.“

Das nach Anfechtung der G.-V. erfolgte Angebot Hammersen bietet gegen das Angebot Blumensteins sehr große Vorteile und das Tauschangebot 2 Ettlinger-Aktien gegen 3 Hammersen-Aktien. Wenn die neueste Entwicklung des Aktienkurses an der Börse derart ist, daß das Umtauschangebot vorübergehend wenig vorteilhaft erscheint, so hängt das lediglich mit der Bearbeitung der Börse zusammen und entspricht nicht dem inneren Wertverhältnis der Aktien. Gegenüber den von Herrn Blumenstein zu machenden Leistungen fließen dem Werk durch Hammersen nahezu die doppelten Mittel zu, es unterbleibt eine Verwässerung des Aktienkapitals, der innere Wert der bestehenden Stammaktien bleibt erhalten, und die Bildung einer übertragenden Mehrheit in einer Hand wird vermieden. Die Vorteile, die der Gesellschaft aus der Verbindung mit dem gut fundierten, leistungsfähigen und über eine große Absatz-Organisation verfügenden Hammersen-Konzern erwachsen, haben sich bereits darin geäußert, daß es der Gesellschaft möglich geworden ist, den ins Stocken geratenen Absatz wesentlich zu heben und die stark eingeschränkte Arbeitszeit auf 5 Tage zu erhöhen.“

Die Aufwertung im Bodenkreditverkehr

Nachdem kürzlich das von uns erwähnte Urteil des Reichsgerichts über Aufwertung und ein Urteil des Landgerichts Hannover wegen der Rückzahlung von Obligationen ergangen ist, die mit dem bisherigen Stand in der Rechtsprechung Mark = Mark brechen, wird demnach von der Deutschen Hypothekbank in Berlin ein Angebot an die Obligationäre ergehen, das erheblich mehr in Aussicht stellt als die vorausgegangenen Umtauschangebote anderer Hypothekbanken und das sich auch nicht auf eigene Werte beschränkt, also weder auf Ersatzleistung in Aktien noch auf Umtausch in Pfandbriefen. Das genannte Institut will für je 5000 M. nom. seiner Pfandbriefe oder Kommunalobligationen einen Betrag von 2 Dollar Goldanleihe gewähren, wobei es gleichgültig bleibt, ob die Serie gekündigt war oder nicht.

Reichsbankpräsident Helfferich?

Entgegen der bisherigen Annahme, daß der Währungskommissar Dr. Schacht Nachfolger Havensteins im Reichsbankpräsidium werden dürfte, meldet jetzt die Frankfurter Zeitung in einem Berliner Drahtbericht ihres Handelsteils, daß wie das Direktorium, so auch der Zentralausschuß der Reichsbank in ihren gutachtlichen Äußerungen zur Neubestimmung als ihren Kandidaten Dr. Karl Helfferich benennen werden. Das letzte Wort hat nunmehr der Reichspräsident, nach dessen Vorschlag der Reichspräsident die Ernennung zu vollziehen hat. Eine Voraussetzung scheint die Benennung Helfferichs zu haben: daß er aus dem Parteileben und aus dem politischen Leben überhaupt sich zurückzieht. — In ihrem politischen Teil wendet sich die genannte Zeitung gegen die Ernennung Helfferichs, der Vertreter der Richtung sei, die die Währungsbehörde des Staates ersetzen wolle durch eine Herrschaft der Wirtschaftsstände über die Währung.

Devisenmarkt

Table with exchange rates for New York, London, and other locations. Columns include location, date, and rates for various currencies.

Waren und Märkte

Table with commodity prices for London, 4. Dez. Columns include commodity name and price.

Schiffahrt

Nächste Dampferfahrten der Hamburg-Amerika Linie: Nach New York: D. Westphalia am 6. 12.; D. Bayern am 8. 12.; D. Mount Clay am 21. 12.; D. Albert Ballin am 22. 12.; D. Thüringia am 3. 1. Boston-Baltimore-Norfolk: D. Bayern am 8. 12.; Boston-Philadelphia-Baltimore-Norfolk: D. Brasilia am 29. 12.; Südamerika: D. Niederwald am 7. 12.; D. Wasgenwald am 8. 12.; D. Galicia am 28. 12.; D. Altmark am 5. 1. Cuba-Mexico: M.S. Odenwald am 8. 12.; D. Toledo am 22. 12.; Westindien: D. Amassia am 15. 12.; D. Haimon am 28. 12.; Ostasien: Engl. D. City of Glasgow am 8. 12.; D. Aachen am 15. 12.; Engl. D. Pyrrhus am 22. 12.; D. Oldenburg am 29. 12.; Nordamerika-Westküste: D. Montpeller am 13. 12.; D. Hessen am 29. 12.; Levante-Dienst: D. Kurt Wozmann ca. 5. 12.; D. Georgia ca. 8. 12.; D. Volos ca. 11. 12.; Nach Riga und Petrograd wöchentlich.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember

Table with water level observations for the month of December. Columns include location, date, and water level.

Verleger, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Goss, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. 1. Direktion: Ferdinand Goss - Verlagsleiter: Kurt Nitzsch. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Nitzsch; für den literarischen Teil: Dr. Fritz Goss; für den wissenschaftlichen und technischen Teil: Dr. Fritz Goss; für den künstlerischen Teil: Dr. Fritz Goss. Druck: Dr. Goss, Mannheim.

PROSPEKT

M. 3.000.000.— neue auf den Inhaber lautende Stammaktien Nr. 6001—9000 Stück 3000 über je M. 1000.—

M. 10.000.000.— neue auf den Inhaber lautende Stammaktien Nr. 9001—19000 Stück 10000 über je M. 1000.—

Aktiengesellschaft für Seilindustrie vormals Ferdinand Wolff in Mannheim.

Die Aktiengesellschaft für Seilindustrie vormals Ferdinand Wolff ist durch Gesellschaftsvertrag vom 26. Oktober 1890 errichtet und am 16. November 1890 in das Handelsregister beim k. b. b. b. Amtsgericht Mannheim eingetragen worden.

Der Sitz der Gesellschaft ist Mannheim; ihre Dauer ist auf eine bestimmte Zeit nicht beschränkt.

Zweck der Gesellschaft ist: a) die Herstellung speziell von Paul-, Baum- und Drahtseilen und der hierzu erforderlichen Hilfsstoffe, b) der Handel mit den besagten Rohstoffen, Halb- und Ganzfabrikaten.

Das Stammkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich M. 500.000.— und wurde mehrmals, zuletzt im Jahre 1919, auf M. 6.000.000.— erhöht.

In der ordentlichen Generalversammlung vom 22. Oktober 1921 ist beschlossen worden, zur Verhinderung der Betriebsmittel des Grundkapital um weitere M. 4.000.000.— auf M. 10.000.000.— zu erhöhen.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt nunmehr M. 20.000.000.—, eingeteilt in 19.000 Stück vollbezahlte auf den Inhaber lautende Stammaktien mit den Nummern 1—19.000 und 1000 Stück auf den Namen lautende 6% kumulative Vorzugsaktien mit den Nummern 1—1000.

Es steht daher ein Stammkapital von M. 10.000.000.— mit 19.000 Stämmen ein Vorzugsaktienkapital von M. 6.000.000.— mit 20.000 Stämmen gegenüber.

Es sind ihnen Gewinnanteilscheine für die Jahre 1921/22 bis 1920/21 bezw. 1922/23 bis 1921/22, sowie ein Erneuerungsschein beigegeben.

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Personen und wird für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Generalversammlung gewählt, welche über die Bilanz für das dritte Geschäftsjahr nach der Erneuerung beschließt.

Der Aufsichtsrat besteht aus dem Vorsitzenden Herrn Kommerzienrat Karl König in Heidelberg, Vorsitzenden, Herrn Ferdinand Wolff in Mannheim, Herrn Carl Wolff, Major a. D. in Bonn, Herrn Rechtsanwalt Hermann König in Mannheim und Herrn Direktor Dr. h. c. h. H. H. H. in Mannheim.

Der Aufsichtsrat — soweit er von der Generalversammlung genehmigt ist — beschließt für seine Verwaltung eine feste Aufschüttung von 10% des Reingewinns, wovon 5% eine weitere Vergütung von 10% des Reingewinns, welcher nach Vorzug der sämtlichen Abschreibungen und Rücklagen und ferner nach Abzug eines für die Klümpere bestimmt Betrag von 4% des eingetragenen Grundkapitals verbleibt.

Der Aufsichtsrat besteht aus einem oder mehreren Personen; die Zahl derselben bestimmt die Generalversammlung. Die Bestellung des Aufsichtsrats oder einer anderen, in dem Aufsichtsrat bezeichneten Stelle niedergelegt werden.

a) jeder Geschäftsanteilshaber, oder b) einer Geschäftsanteilshaber und eines Prokuristen, oder c) zweier Prokuristen.

Gegenwärtig besteht der Vorstand aus dem Herrn Direktor Ferdinand Wolff in Heidelberg, Direktor Friedrich Ritzert, Mannheim-Redaktion, und stellvertretenden Direktor Gustav Barthelemy, Mannheim-Redaktion.

Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt regelmäßig durch den Aufsichtsrat mittels öffentlicher Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger unter Wahrung einer Frist von 17 Tagen.

Jede Stammaktie gewährt dem Inhaber eine Stimme, jede Vorzugsaktie je zwei Stimmen.

Die Ausübung des Stimmrechts ist abhängig davon, daß die Aktien mindestens drei Werktage vor der Generalversammlung bei der Gesellschaft oder einer anderen, in dem Aufsichtsrat bezeichneten Stelle niedergelegt werden.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Juli bis 30. Juni des folgenden Jahres. Der noch übrig der tatsächlichen Abschreibungen verbleibende Reingewinn wird wie folgt verwendet:

- a) der gesetzliche Rückverzug erhält solange 5%, als er den letzten Teil des Grundkapitals nicht überschreitet; b) hiervon sind die von der Generalversammlung zu beschließenden außerordentlichen Rücklagen auszuführen; c) sobald sind den Vorzugsaktionären 6% Dividende und ferner 4% der Stammaktien 4% Dividende zu gewähren; d) hiervon erhält der Aufsichtsrat bis zum nächsten Zinstage nach Maßgabe der oben näher mitgeteilten Bestimmungen; e) der Rest geht zur Verfügung der Generalversammlung, welche auch damit Kapitalrücklagen anlegen kann.

Die Einzahlung der Dividendscheine sowie die Ausgabe neuer Dividendscheine, die Ausübung von Bezugsrechten, die Einzahlung auf neue Aktien, sowie die Einberufung von Aktien zur Generalversammlung erfolgt kostenfrei außer bei der Gesellschaftsfiliale bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim und deren sämtlichen Zweigstellen, bei dem Bankhaus C. Lehmann in Frankfurt a. M. und bei der Bayerischen Vereinsbank in München.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Gesellschaft wird außerdem die Bekanntmachungen in je einer in Frankfurt a. M., Mannheim und München erscheinenden Zeitung veröffentlicht, ohne daß jedoch hiervon die Rechtswirkung der Bekanntmachung abhängt.

Der Aufsichtsrat des Aufsichtsrats vom 17. November 1919 hat die Gesellschaft bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim eine mit 4% verzinsliche und vom 1. Juli 1923 innerhald 25 Jahren zu 100% rückzahlbare Kasse in Höhe von M. 3.000.000.— aufgenommen.

Die Bilanz sowie Gewinn- und Verlust-Rechnung per 30. Juni 1922 stellen sich wie folgt:

Bilanz per 30. Juni 1922 (Geschäftsjahr 1921/22)

Table with 3 columns: Description, M, and S. Items include Gebäude und Grundstücke, Maschinen- und Fabrikateinrichtungen, Fuhrpark, etc.

1) Davon Gebäude M. 1.324.042,92, Grundstücke M. 433.970,49 2) Davon Roh- und Betriebsmaterialien M. 12.443.726,56, Halb- und Fertigfabrikate M. 3.735.343,00 3) Davon Bankguthaben M. 18.001.046,72

Table with 3 columns: Description, M, and S. Items include Aktienkapital, gesetzliche Rücklage, Sonder-Rücklage, etc.

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 30. Juni 1922.

Table with 3 columns: Description, M, and S. Items include Vortrag vom Jahre 1921, Rohgewinn aus 1921/22, etc.

Gegenüber der vorliegenden Bilanz weist der diesjährige Abschluß per 30. Juni 1922, der nach zu genehmigen ist, folgende hauptsächlichste Veränderungen auf:

Table with 3 columns: Description, M, and S. Items include Gebäude und Grundstücke, Maschinen- und Fabrikateinrichtungen, etc.

Seit August 1919 wird die Fabrikanlage der Gesellschaft in Mannheim-Redaktion durch die Textilbetriebs-Gesellschaft u. d. G. für Rechnung der Gesellschaft in eigenem Namen geführt.

Der Gang der Geschäftes war im abgelaufenen Geschäftsjahr zufriedenstellend. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres läßt sich bei den gegenwärtigen normalen Wirtschaftsverhältnissen nichts Bestimmtes sagen; es ist jedoch mit Zuversicht zu hoffen, daß es gelingt, die durch die ungünstige Wirtschaftslage zu erwartenden Schwierigkeiten auch weiterhin zu überwinden.

Aktiengesellschaft für Seilindustrie vormals Ferdinand Wolff.

Auf Grund des vorstehenden Prospektes wurden M. 3.000.000.— neue auf den Inhaber lautende Stammaktien Nr. 6001—9000 Stück 3000 über je M. 1000.—

M. 10.000.000.— neue auf den Inhaber lautende Stammaktien Nr. 9001—19000 Stück 10000 über je M. 1000.—

Aktiengesellschaft für Seilindustrie vormals Ferdinand Wolff in Mannheim

Mannheim, im September 1923.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Mannheim, im November 1923.

Ständesamtliche Nachrichten.

November. Verheiratete.

- 21. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 22. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 23. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer

- 24. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 25. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 26. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer

- 27. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 28. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 29. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer

- 30. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 31. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer 32. Hr. Hof. Hofmann und Luise Fischer

